



Kommentar  
**Johannes Huber**



## Tag der Wahrheit

Diese Woche soll das Sparpaket geschnürt werden. Möglicherweise wird es schon heute so weit sein. Damit steht der wahrscheinlich wichtigste Tag für das Schicksal von SPÖ und ÖVP bevor: Von den Maßnahmen, die die beiden vorlegen, hängt ab, ob sie noch eine Zukunft haben.

In den letzten Jahren haben sich die einstigen Großparteien durch ihr Unvermögen, notwendige Reformen anzugehen, selbst geschwächt und damit zu Mittelparteien entwickelt, die mit den Freiheitlichen um die ersten drei Plätze wetteifern. Zuletzt ist sogar die Gewissheit verloren gegangen, dass SPÖ und ÖVP nach den nächsten Wahlen gemeinsam auf mindestens 50 Prozent der Stimmen kommen.

Gelingt es Werner Faymann und Michael Spindelegger nun, das zu machen, was niemand mehr von ihnen erwartet hat? Wunder ist den beiden keines zuzutrauen. Aber strukturelle Weichenstellungen bei den größten Budgetposten sind das Mindeste, was sie zustande bringen müssen: in der Verwaltung, bei den Pensionen, im Gesundheitsbereich und bei den Förderungen. Sollten sie das schaffen, kann man selbst über die eine oder andere Steuererhöhung hinwegsehen. Andernfalls sind sie gescheitert.

johannes.huber@vn.vol.at, 01/3177834-10

# Sparkurs bei Pensionen

**Budgetsanierung: SPÖ und ÖVP wollen morgen alle Maßnahmen präsentieren.**

WIEN. (VN-joh) Die Verhandlungen über das Sparpaket gehen ins Finale: Für heute Vormittag haben sich Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vize Michael Spindelegger (ÖVP) eine letzte Runde vorgenommen. Sollten sie dabei alles unter Dach und Fach bringen, werden bis zum Abend die Parteigremien darüber beraten. Morgen Vormittag wollen Faymann und Spindelegger schließlich die Öffentlichkeit einweihen.

### „Hämmer“ bei Pensionen

In einem Interview kündigte der Vizekanzler am Wochenende schon einmal „Hämmer“ bei den Pensionen an. Demnach würden die Anpassungen in den nächsten Jahren ausgesetzt. Außerdem soll der Krankenversicherungsbeitrag auf bis zu 5,5 Prozent erhöht werden. Bei einer Bruttopension von 1000 Euro würde das auf eine jährliche Belastung von rund 50 Euro hinauslaufen.

Die SPÖ widersprach Spindelegger allerdings umge-



Vor dem Abschluss: Faymann (L.) und Spindelegger in einer Runde mit Landeshauptleuten.

FOTO: APA

hend. So ortete Faymann „Falschmeldungen“.

Klar ist dagegen, dass es Einschnitte bei der Invaliditätspension und der Korridorpension geben soll. Ziel ist es, das durchschnittliche Pensionsantrittsalter von 58 auf 62 Jahre zu erhöhen.

Wie die VN gestern aus Koalitionskreisen erfuhren, sollen bis 2016 insgesamt 27

Milliarden Euro „eingespart“ werden; zwei Drittel sollen durch Ausgabenkürzungen zusammenkommen, ein Drittel durch Steuererhöhungen.

### Solidarbeitrag fix

Konkret vorgesehen sind drei Steuererhöhungen: Ein Solidarbeitrag für Spitzenverdiener, eine Umwidmungsabgabe auf Wertgewinne, die

bei Grundstücken durch die Umwandlung von Grün- in Bauland entstehen sowie eine Änderung im Immobilienbereich (Verkaufserlöse sollen ausnahmslos besteuert werden).

Was die Solidarabgabe betrifft, so wurde der Plan aufgegeben, Spitzenverdiener über Weihnachts- und Urlaubsgeld zur Kasse zu bitten. Stattdessen soll eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes kommen: Bei Jahresbruttoeinkommen von 180.000 bis 499.999 Euro könnte er 52,5 Prozent betragen und bei Einkommen von mehr als 500.000 Euro 55 Prozent.

Betroffen von der Solidarabgabe wären also Personen, die mindestens rund 13.000 Euro monatlich verdienen – und somit auch Politiker wie Faymann und Spindelegger. Sie sollen mindestens 3000 Euro jährlich zur Budgetsanierung beitragen.

## 150.000 Euro für Erntedankfest

**Förderungen: Weitere Geldflüsse aus dem Landwirtschaftsressort aufgedeckt.**

WIEN. (VN-joh) Auch die Förderungen sollen im Zuge der Budgetsanierung gestutzt werden. Dass es Handlungsbedarf gibt, ist offensichtlich: Wie die VN berichteten, unterstützten die rot-schwarzen

Ministerien allein im Vorjahr ÖVP- und SPÖ-nahe Vereine mit 10,12 Millionen Euro.

Das Landwirtschaftsressort von Nikolaus Berlakovich (ÖVP) greift vor allem dem ÖVP-Bauernbund unter die Arme: In den letzten fünf Jahren erhielt dieser summa summarum mehr als zwei Millionen Euro. Jetzt ist durch eine parlamentari-

sche Anfragebeantwortung bekannt geworden, dass Berlakovich gegenüber weiteren bürgerlichen Organisationen spendabel ist: Das „Ökosoziale Forum“ erhielt 2011 insgesamt 627.500 Euro, das „Forum Land“ 292.500 Euro. Für das Erntedankfest auf dem Wiener Heldenplatz, das das Forum mitgestaltet, gab's weitere 150.000 Euro.

## Iran droht mit Vergeltung

TEHERAN. Der Iran hat im Fall eines Angriffs mit Vergeltungsschlägen gedroht. Der Iran werde jedes Land angreifen, von dessen Staatsgebiet „Feinde“ Teherans einen Angriff starteten, sagte der stellvertretende Kommandant der iranischen Revolutionsgarden gestern; Hossein Salami fügte hinzu: „Jeder Ort, der vom Feind für militärische Operationen gegen den Iran genutzt wird, wäre das Ziel der Streitkräfte der Revolutionsgarden.“ Salami nannte zwar keine Staaten direkt beim Namen, aber die Warnung richtet sich auch an Nachbarstaaten wie die Türkei sowie die Golfstaaten.

Der Westen verdächtigt den Iran, unter dem Deckmantel seines zivilen Atomprogramms am Bau einer Bombe zu arbeiten. Israel drohte wiederholt mit einem Militärangeiff auf die iranischen Atomanlagen. Nach Berichten von US-Medien befürchten die USA, Israel könnte in den kommenden Monaten die iranischen Atomanlagen angreifen.



Deutscher Präsident Wulff kommt nicht zur Ruhe.

FOTO: REUTERS

## Neue Vorwürfe gegen Wulff

BERLIN. Gegen Bundespräsident Christian Wulff sind neue Vorwürfe laut geworden, als niedersächsischer Ministerpräsident von Sonderkonditionen finanziell profitiert zu haben. Nach einem „Spiegel“-Bericht leaste er 2010 beim VW-Konzern einen Mini-Geländewagen der Tochtergesellschaft Skoda zu Konditionen, die sonst nur Beschäftigte des Konzerns erhalten. Das Magazin sieht darin einen Verstoß gegen das niedersächsische Ministergesetz, demzufolge der Regierungschef keine Geschenke in Bezug auf sein Amt annehmen darf. Wulffs Anwalt betonte gestern, sein Mandant habe die „üblichen Vergütungen“ bezahlt.

## Zitterpartie um Griechenland

ATHEN. Bei den Verhandlungen über ein weiteres Hilfspaket für Griechenland gab es am Wochenende offenbar nur noch einen offenen Punkt: die Forderungen von EU und IWF nach weiteren Sparmaßnahmen und Lohnkürzungen. Ansonsten habe man ein zufriedenstellendes Niveau erreicht, sagte ein ranghoher Regierungsbeamter gestern in Athen: Die anderen Probleme seien in einer „übermenschlichen Verhandlung“ zufriedenstellend gelöst worden. Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos hatte die Lage zuvor mit drastischen Worten beschrieben. Das Schicksal seines Landes stehe auf Messers Schneide, bis zum späten Sonntagabend müsse eine Einigung erzielt werden, sagte er. Ohne einen Durchbruch droht Griechenland im März der Staatsbankrott.

## Karikatur

Angsthase vor der Schlange!

SILVIO RAOS

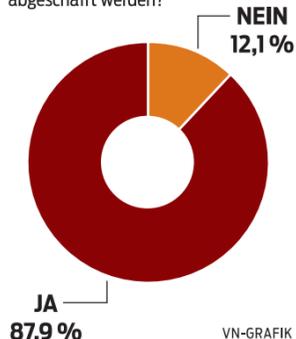


RAOS-KARIKATUREN.AT

## Klare Mehrheit gegen das Präsidenten-Amt

SCHWARZACH. Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP), der sich 2010 selbst gerne für das höchste Amt im Staat beworben hätte, von eigenen Parteifreunden aber daran gehindert worden war, hatte die Diskussion vor wenigen Wochen eröffnet: Braucht Österreich noch einen Bundespräsidenten? Die Antwort des VN-Leservotums ist unmissverständlich: 87,9 Prozent meinen, das Amt solle abgeschafft werden, 12,1 Prozent wollen, dass es bleibt.

**VN-Leservotum**  
Soll das Bundespräsidenten-Amt abgeschafft werden?



VN-GRAFIK

## „Man muss sich aufraffen“

**Die Krise der Nationen als Chance der Regionen.**

**Ex-Vizekanzler Josef Riegler fordert „Vereinigte Staaten von Europa“.**

WIEN. (VN-joh) So geht es nicht weiter, ist Ex-Vizekanzler Josef Riegler (ÖVP) überzeugt: In der Schuldenkrise werde die Zerrissenheit Europas deutlich. Mit Notmaßnahmen versuche man, über die Runden zu kommen; ein Durchbruch hat sich aber noch nicht abgezeichnet. Im Gegenteil. Der Stabilitätspakt soll nun de facto an der EU vorbei fixiert werden; weil Großbritannien und Tschechien nicht dabei sein wollen, ist eine eigene Konstruktion notwendig. Die Schlussfolgerung von Riegler lautet daher: Entweder man riskiert, dass die Probleme noch größer werden, „oder man rafft sich auf und schafft Vereinigte Staaten von Europa“.

### Radikaler Schritt notwendig

Zurzeit seien die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene „viel zu mühsam“, kritisiert Riegler im Gespräch mit den VN: „Die nationalstaatlichen Interessen dominieren.“ Anders ausgedrückt: Das Gemeinsame kommt erst an zweiter Stelle. Das müsse sich radikal

ändern, meint Riegler: „Man sollte die europäische Integration nicht auf Grundlage des Lissabon-Vertrags weiterentwickeln, sondern gleich einen neuen Boden legen.“

Freilich: Riegler weiß, dass das nicht von heute auf morgen geht. In einem Zwischenschritt sollen sich die Euro-Mitgliedsländer daher zusammenschließen und eine europäische Wirtschaftsregierung bilden; diese solle von ihren EU-Abgeordneten kontrolliert werden.

### Direkt gewählter EU-Präsident

Schlussendlich sollte es zu einem „Bundesstaat, Vereinigten Staaten von Europa oder einer Europäischen Republik kommen – wie immer man das nennt“, so Riegler: Entscheidend sei, dass ein System mit klaren Kompetenzen und Gewaltentrennung gebildet werde. In diesem Sinne solle es eine europäische Regierung geben, ein direkt gewähltes Parlament, das Kontrolle sowie die Gesetzgebung allein ausübt, und eine ordentliche Gerichtsbarkeit. Außerdem könnte sich Riegler einen von allen Bürgern gewählten EU-Präsidenten vorstellen.

Die Vereinigten Staaten von Europa sollten sich durch Subsidiarität auszeichnen: „Zur-

„Eine Wirtschaftsregierung wäre ein Zwischenschritt.“

JOSEF RIEGLER

zeit gibt es viel zu viel Zentralismus. EU-Verordnungen reichen in alle Lebensbereiche hinein.“ So wie möglich sollte laut Riegler in den Gemeinden und in den Regionen entschieden werden. Sie würden daher gestärkt werden. Die Nationalstaaten hingegen müssten an sie und an Brüssel weitere Teile ihrer Souveränität abgeben. Die europäische Ebene sollte sich wiederum auf die Vorgaben von Rahmenbedingungen beschränken.



Sieht Europa am Scheideweg: Ex-Vizekanzler Josef Riegler.

FOTO: VN/HOFMEISTER